

BUND-Regionalverband Donau-Iller
BUND-Kreisverband Ulm
BUND-Kreisverband Biberach

Gemeinsame Pressekonferenz
zum Jahreswechsel 2017/2018
Ulm, 28. Dezember 2017 im BUND-Umweltzentrum Ulm

Teilnehmer*innen des BUND:

Ulrich Müller, Regionalvorsitzender RV Donau-Iller
Dr. Martin Denoix, Vorsitzender KV Ulm
Esther Franzen, Vorsitzender KV Biberach
Jutta Andreas, Mitglied des BUND-Kreisvorstands Ulm

Aufstockung des Naturschutzetats dringend notwendig

Das grassierende Artensterben hat sich trotz verbesserter Umweltgesetzgebung in den letzten Jahren sogar noch verstärkt. Deshalb begrüßt der BUND-Regionalvorsitzende Ulrich Müller, dass die Landesregierung im kommenden Doppelhaushalt den Naturschutzetat deutlich aufstockt. Ansonsten könne die vor wenigen Jahren verabschiedete Naturschutzstrategie in Baden-Württemberg nicht sinnvoll umgesetzt werden.

Der BUND hofft, dass von den neu zu schaffenden Verwaltungsstellen auch welche bei den Unteren Naturschutzbehörden der Landkreise Alb-Donau, Biberach und der Stadt Ulm eingerichtet werden. Gerade die europäische Gesetzgebung erfordert in den Regionen bei der Umsetzung der neu erstellten Managementpläne für die FFH-Gebiete (Flora-, Fauna-, Habitatgebiete) zusätzliche Ressourcen. Auch haben die wenigen verbliebenen artenreichen FFH-Mähwiesen unserer Landkreise in den letzten Jahren (trotz Verschlechterungsverbot) durch schleichende Intensivierung zum Teil erheblich an Naturqualität eingebüßt. „Auch hier ist behördliche Manpower nötig, um zusammen mit den Landnutzern das "blühende Tafelsilber" unserer Heimat zu erhalten bzw. wiederherzustellen“, stellt Ulrich Müller klar.

Jegliche Mittelaufstockung zur Förderung der bedrohten Natur hat großflächig nur dann Wirkung, wenn auch die Landwirte bereit sind, in der intensiv bewirtschafteten Feldflur Nischen ohne Chemikalieneinsatz und Gülledüngung zuzulassen. Gerade in der offenen Landschaft (außerhalb der Waldgebiete) ist der Artenschwund leider galoppierend. „Hier bedarf es auch der Motivation und Unterstützung von staatlicher Seite“ sagt Dr. Robert Jungwirth, BUND-Mitglied aus Blaustein.

Schlagkräftig für Artenvielfalt

Das neu gegründete Aktionsbündnis für Artenvielfalt verschiedener Natur- und Umweltschutzverbände unter Federführung des BUND hat u.a. zum Ziel Kommunen und Landwirte gegen das Artensterben mit ins Boot nehmen

Im oberschwäbischen Raum ist die oftmals übertriebene Ordnungsliebe bei den Hobbygärtnern, beim Straßenunterhalt und leider auch die Gründlichkeit vieler Landwirte ein Baustein zur Beschleunigung des Artenschwundes. Hilfreich wäre, weniger oft und nicht flächendeckend zu mähen und auf Äckern nicht bis zum Feldrain Pestizide einzusetzen. "Dann könnten wenigstens auf Randflächen Blütenpflanzen mit ihrer Insektenwelt wachsen, was wiederum der bedrohten Vogelwelt der Feldflur als Nahrung dient", so der BUND-Regionalvorsitzende.

Kommunen in der Verantwortung für Artenvielfalt

Große Einflussmöglichkeiten hätten laut BUND auch die Kommunen mit ihren zahlreichen öffentlichen Grünflächen. Hier hat sich aus Bequemlichkeitsgründen das Mulchen immer mehr etabliert, obwohl die Mulchmäher für Insekten und andere Kleintiere nahezu 100%-ige Totschlagmaschinen sind. Beim Mähen mit Balkenmesser oder Scheibenmähwerk überlebt dagegen der größere Teil der Schmetterlinge, Hummeln oder Heuschrecken. Gerade bei den Gewässerböschungen oder Uferschutzstreifen, die oftmals im Besitz der Gemeinden sind, fordert Ulrich Müller, dass die Kommunen ihre Vorbildfunktion wahrnehmen und ökologisch mähen sowie das langgeschnittene Mähgut auch abfahren. Hier ist bei geeigneter Witterung die Gewinnung von Heu z.B. für Pferdehalter möglich. Auf eine Mahd im Spätherbst sollte wegen der überwinterten Insekten und deren Gelege möglichst verzichtet werden. Der BUND wünscht sich, dass Kommunen auf ihren Grundstücken (innerorts und außerhalb) vermehrt einheimische Wiesenblumen ansäen, die dann bei nur zweimaliger Mahd im Jahr dauerhaft wachsen können. Dies bedarf nur einer extensiven Pflege und ist auch wirtschaftlich interessant gegenüber des vorhandenen Einheitsrasens. Auch auf Ackerrandstreifen im öffentlichen Besitz wäre dies im Rahmen von Pachtaufgaben wünschenswert. Viele solche pflegeleichten Beispiele gibt es bereits, ganz besonders in Bad Saulgau.

Biodiversität im Stadtgebiet Ulm?

Durch Maßnahmen der Landschaftsentwicklung und des Grünflächenmanagements kann die Biodiversität erhalten oder sogar vergrößert werden. Um hier Fortschritte zu erzielen ist die Stadt Ulm vor zwei Jahren dem Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ beigetreten. Der BUND fordert, dass dem Beitritt auch Taten folgen und setzt sich dafür ein, dass hierüber mehr Naturnähe beim Management von Flächen geschieht.

Unter dem Stichwort „Wiesenmanagement“ hat der Gemeinderat einen Etatposten in Höhe von 50000 Euro beschlossen. Diesen gilt es nun im Sinne der obigen Ziele einzusetzen. Dr. Martin Denoix sagt, „dass im Vordergrund die Schaffung eines Flächenverbundes magerer und damit artenreicher Grünflächen sein sollte“. Dazu gibt es gute Konzepte, die als gemeinsame Grundlage das höchstens zweimalige Abmähen und die Abfuhr des Mähgutes vorsehen. Diese Flächen erfahren hierdurch eine ökologische Aufwertung und könnten eventuell sogar der Stadt bei der Suche nach Ausgleichsflächen für innerstädtische Maßnahmen dienen.

Für die Natur und das Klein-Klima eine Katastrophe: Verschotterung von Hausgärten

Nicht nur im Landkreis Biberach nimmt der Trend zu den angeblich pflegeleichten Steinwüsten in Wohnsiedlungen, Vorgärten und sogar auf Friedhöfen immer mehr zu. Riesige Flächen werden mit Granitschotter und Kies bedeckt. Sie sind aber nur in den ersten Jahren pflegeleicht. Dann keimen auch hier, trotz Unkrautvlies, wieder unerwünschte Pflanzen. Diese Gärten sehen dann nicht nur trostlos und unnatürlich aus, sie wirken auch sehr ungepflegt. Wer sich einen dauerhaft pflegeleichten Garten wünscht, sollte Stauden und Gehölze pflanzen.

Auch für die Natur sind die toten Gärten eine Katastrophe, so die BUND-Kreisvorsitzende Esther Franzen. Sie bieten kaum Lebensraum für Vögel und Blüten-suchende Insekten. Das Artensterben wird dadurch weiter zunehmen, denn Steine kann man nicht essen. Der BUND schlägt deshalb Alarm und spricht sich für blühende, naturnah gestaltete Flächen aus.

Durch den Klimawandel kommt es auch bei uns vermehrt zu wärmeren Sommern. Da Steine die Wärme besonders gut speichern können, wird die Hitze in versiegelten Kies- und Schottergärten dann um ca. 4-6 Grad höher sein als im Baumschatten auf einer Wiese.

Esther Franzen vom BUND-Kreisverband Biberach appelliert an alle Gartenbesitzer ihre leblosen Steinwüsten in echte Steingärten umzuwandeln. Sie könnten mit interessanten, wärmeliebenden Stauden wie Mauerpfeffer, Hauswurz oder Seifenkraut bepflanzt werden. Für jede Ecke, egal ob sonnig oder schattig, gibt es das dafür passende Kraut. Gut angelegt brauchen diese Gärten dann tatsächlich wenig Pflege. Und mit ein bisschen Glück verwandeln sich die vormals toten Gärten in ein Blütenmeer und bieten damit vielen Vögeln und Insekten wieder Heimat und Nahrung.

Beschleunigter, unnötiger Flächenverbrauch durch Bauwut

Die „Bauerleichterung“ nach BGB §13b ist ökologisch äußerst bedenklich!

Seit 2017 gilt die Ausnahmeregelung nach § 13b des Baugesetzbuches (BGB), wonach für an den Ortsrand angrenzende, kleinere Neubaugebiete keine Umweltprüfung und keine Ausgleichsmaßnahmen mehr vorgeschrieben werden. Diese Regelung sieht der BUND kritisch. Ulrich Müller gibt zu bedenken, dass die bis zu 1 Hektar versiegelte Fläche (für die die Befreiung gilt) mit Zufahrten, Vorplätzen und Restgärten in Wirklichkeit jeweils rund 3 Hektar Neubaugebiet entspricht.

Gerade wegen der zulässigen Nichterfüllung der bisher vorgeschriebenen Ausgleichsmaßnahmen erwartet der BUND von den Gemeinden, dass sie wenigstens bei der Pflege ihrer Grünflächen und naturverträglichen Bewirtschaftung ihrer Ackerflächen mit gutem Beispiel vorangehen und mit dem §13b sehr sorgsam und verantwortungsbewusst umgehen.

Geplanter Einkaufsmarkt in Oberkirchberg verdrängt kleine Läden

Noch immer plant Illerkirchberg in ein Landschaftsschutzgebiet am Ortsrand einen Supermarkt zu bauen, obwohl damit ein FFH-geschütztes Gebiet beeinträchtigt wird. Dies wird vom BUND so nicht hingenommen. In diesem Zusammenhang wurde bekannt, dass der politische Regionalverband Donau-Iller das Einzelhandelskonzept für die Ansiedlung von

großflächigen Lebensmittelmärkten verändern möchte. Hierbei soll die Ansiedlung von Supermärkten bis zu einer Größe von 1200 qm Verkaufsfläche erleichtert werden. Bisher galt eine Grenze von 800 qm. Dadurch wird der Verdrängungswettbewerb von kleinen Dorfläden und vor allem von selbständigen Bäckern und Metzgern, die im Ort die Nahversorgung sicherstellen, stark beschleunigt. Zusätzlich wird durch größere Märkte und einhergehende großflächige Parkflächen das landesweite Ziel einer Verringerung des Flächenverbrauchs konterkariert, warnt der BUND-Regionalvorsitzende Ulrich Müller.

Kritischer Betrieb von Kläranlagen im Alb-Donau-Kreis

Im Jahr 2017 wurden für die Kläranlagen in Ehingen, Blaubeuren, Schelklingen und Lonsee neue wasserrechtliche Genehmigungen beantragt, da die alten Genehmigungen ausgelaufen sind. Im Falle der Anlage in Ehingen sogar seit Ende 2015. Ab da ist von einem illegalen Betrieb der Anlage zu sprechen. Hätte sich ein Industriebetrieb dies erlaubt, hätte von der Überwachungsbehörde (hier Landratsamt Alb-Donau) ein Strafverfahren eingeleitet werden müssen, so Walter Birnbaum vom BUND (verantwortlich u.a. für die Koordination von Stellungnahmen in der Geschäftsstelle und ehemaliger Umwelt-Managementbeauftragter eines Fahrzeugherstellers in Neu-Ulm).

Bei den drei Anlagen in Ehingen, Blaubeuren und Schelklingen werden leider keine wesentlichen Änderungen an der Technik der Anlagen vorgenommen, nur kleinere Maßnahmen zur Reduzierung der Grenzwertüberschreitungen bei Stickstoff und Phosphor werden durchgeführt. Vorbildlich geplant ist dagegen, die kleine Anlage in Lonsee-Halzhausen mit einer vierten Reinigungsstufe zur Beseitigung von Arzneimittelrückständen (auch Hormone, Psychopharmaka, Antibiotika, etc.) und Mikropartikel, so wie das Ulmer Großklärwerk im Steinhäule bereits betrieben wird.

Ein weiteres Problem in diesen drei Anlagen sind die Anlagenkapazitäten. Insbesondere im Fall der Kläranlage Ehingen ist diese ausgereizt und es kommt bei Starkregenereignissen zu unkontrollierten und ungeklärten Schadstoffzuläufen in die Schmiech und die Donau, befürchtet der BUND. Ursache dafür ist der Zuwachs an Abwassereinleitern, die nicht erfolgte Anpassung der Anlagengröße und die Verweigerung der Kommune Nutzung von Regenwasser durch Betriebe und Bürger vorzuschreiben bzw. zu erlauben.

Der BUND-Regionalvorsitzender Ulrich Müller fordert hier einen verbesserten Schutz des Donauwassers, denn rund ein Drittel des Trinkwassers der Landeswasserversorgung wird bei Langenau der Donau als Uferfiltrat entnommen. Desweiteren erwartet der BUND den Schutz der biologischen Vielfalt in der Donau. Untersuchungen von Flussabschnitten durch das Institut für Seenforschung in Langenargen haben ergeben, dass auch in schwäbischen Flüssen abschnittsweise bis zu 90% der Fischindividuen weiblich ausgeprägt sind, was ein Alarmzeichen ist! Daher verlangt der BUND die Ausführung der Kläranlagen nach dem Stand der Technik mit 4. Reinigungsstufe, wie in Ulm/ Neu-Ulm bereits geschehen und in Lonsee geplant. Darüber hinaus sollten die Kapazitäten der Anlagen den Erfordernissen angepasst werden, insbesondere sind die Rückhaltmaßnahmen bei Starkregenereignissen aktualisiert in die Planungen mit einzubeziehen. Es muss verhindert werden, dass in solchen Fällen große Mengen von ungeklärtem Abwasser in die Donau gelangen. Werden diese Forderungen nicht erfüllt, ist davon auszugehen, dass der sehr unbefriedigende Zustand noch ca. 30 Jahre (üblicher Zeitraum wasserrechtlicher Erlaubnisse) andauern wird.

Stückwerk beim Ausbau des Radwegenetz in Ulm

„Auch die medienwirksame Einweihung der Zeitblomstraße in Ulm als Fahrradstraße im Herbst 2017 kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass noch viel getan werden muss, um den Anteil des Radverkehrs auf die im Klimaschutzkonzept der Stadt Ulm geforderte Höhe zu bringen“ sagt der Kreisvorsitzende Dr. Martin Denoix. Als zentrales innerstädtisches Projekt sieht der BUND-Kreisverband Ulm die Verlängerung der Zeitblomstraße als Fahrradstraße durch den sogenannten Posttunnel unter den Bahnhofsgleisen und seine Verlängerung bis zum Radwegenetz in Westen der Bahngleise.

Unzureichende Bestrebungen den ÖPNV zu fördern

Unbestreitbar hat es etwa im Alb-Donau-Kreis Verbesserungen beim ÖPNV gegeben, etwa die stündliche Busverbindung von Laichingen nach Blaubeuren mit der Anbindung an den Schienenverkehr. An der dortigen Strecke machen aber Kapazitätsengpässe in den Stoßzeiten enorme Probleme, wenn Pendler und Schüler am Bahnsteig zurückbleiben müssen angesichts völlig überfüllter Züge. Die diesbezügliche Information der Bahn ist ein Offenbarungseid: Man habe Kapazitäten von der Donautalbahn zwischen Ulm und Sigmaringen abgezogen, um Engpässe woanders zu beheben. „Dies ist ein Symptom für das das völlige Versagen der bisherigen Bundesverkehrsminister, die die Deutsche Bahn kaputtgespart und durch immer neue Straßen eine rücksichtslose Automobilisierung Deutschlands durchgeführt haben“ sagt der Vorsitzende des BUND-Kreisverbands ADK Christian Killius.

Der BUND begrüßt die Pläne der Landesregierung eines einheitlichen Tarifsystems für ganz Baden-Württemberg, vorausgesetzt alle Nutzer des ÖPNV profitieren davon.

Mit dem City-Ticket der Bahn können Zugreisende mit Bahncard im Normaltarif den Nahverkehr des Zielbahnhofs kostenfrei nutzen. Da die Bahnstrecke Ulm-Stuttgart knapp unter 100 km beträgt gilt dies für diese Städteverbindung nicht. Der BUND-Kreisvorsitzende Ulm Dr. Martin Denoix fordert die Einführung des Citytickets für diese Strecke, da es eine gute Motivation für die Fahrt mit dem Zug nach Stuttgart ist.

Verzögerungen bei Stuttgart 21 hängt die Region Donau-Iller ab

Wenn man bei der Bahn viel Geld in die Hand nahm, dann für zweifelhafte Prestigeprojekte wie Stuttgart 21 (S 21). Es erscheint müßig, daran zu erinnern, muss aber gesagt werden: Der BUND hat von Anfang an betont, dass die prognostizierten Kosten unhaltbar seien und ist dafür im Alb-Donau-Kreis und in Ulm massiv angefeindet worden. Weitere Widersprüche sind bis heute nicht aufgelöst: Ist S 21 so leistungsfähig, dass in Zukunft mehr Personen auf der Schiene transportiert werden können, wie es die Verkehrswende erfordert? Werden die viel höheren Kosten zu Lasten von dringend erforderlichen Schienenprojekten gehen, etwa dem Ausbau und der Elektrifizierung der Südbahn?

„Die Verzögerungen beim Bau von S 21 um mehrere Jahre lassen befürchten, dass diese wichtigen Schienenprojekte sich wegen ihrer Kopplung mit S 21 ebenfalls um Jahre verzögern werden“ sagt Christian Killius. Der Bahnhof in Merklingen soll 2021 fertig gestellt sein und damit 4 Jahre vor Fertigstellung des neuen Stuttgarter Tiefbahnhofs. Der BUND fordert, die dann bereits fertige Schieneninfrastruktur wie auch den Merklinger Bahnhof zu nutzen.

Individualverkehr gefährdet weiterhin die Klimaziele

Bei den Anstrengungen im Bereich Klimaschutz ist der Sektor Verkehr in Deutschland das große Sorgenkind. Entgegen den Plänen der Bundesregierung, die einen Rückgang der

Emissionen vorsahen, ist der CO₂-Ausstoß in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Trotz Diesel-Abgasskandal: Noch nie war der Dieselaabsatz in Deutschland so hoch wie 2017, so der Kreisvorsitzende Christian Killius. Die gute Konjunktur hat den Gütertransport auf der Straße erhöht, doch auch private Diesel-PKW haben 2017 mehr Strecke zurückgelegt.

In der Region erleben wir ebenfalls ein gestiegenes Verkehrsaufkommen, zusätzlich angeheizt durch die Ausweisung von Neubaugebieten im ländlichen Raum ohne gute Anbindung an den ÖPNV. Der Zunahme des Individual- und Güterverkehrs auf der Straße folgen – national wie regional - Rufe nach dem Bau weiterer Straßen, oft mit dem Argument, den Verkehr flüssiger zu machen. Ein Teufelskreis: Mehr Straßen ziehen mehr Verkehr an. Der BUND Donau-Iller kritisiert in diesem Zusammenhang besonders die vorgebrachte Polemik gegenüber Verkehrsminister Hermann, er „wolle keinen Straßenbau“. In diesem Zusammenhang erscheint auch die überall beschworene Elektromobilität als Ablenkungsmanöver, wenn es nur darum geht, möglichst noch mehr Autos auf die Straße zu bringen. Ziel muss ein Rückgang des motorisierten Individualverkehrs sein. Dass dieser möglichst umweltfreundliche Antriebstechniken aufweisen muss, steht außer Frage. Dringend geboten ist allerdings der Ausbau des ÖPNV.

Luftqualität und Klimaschutzkonzept in Ulm

Einen wesentlichen Beitrag zur sogenannten Luftverschmutzung tragen Feinstäube, Stickoxide und der CO₂-Ausstoß bei. Während bei Stickoxiden und Feinstäuben die Datenerfassung durch Messungen Bedingung für eine grundlegende Analyse ist, sind beim CO₂-Ausstoß die Verursacher und Reduktionspotenziale bekannt.

Der BUND-Kreisverband Ulm fordert daher die Stadt auf zum einen die mehrere Jahre (baustellenbedingt) unterbrochenen Messungen wieder aufzunehmen, über das geplante Maß hinaus auch mit eigenen Messstationen.

Um die im Klimaschutzkonzept der Stadt festgelegten Ziele der CO₂-Reduktion zu erreichen sind Maßnahmen im Bereich Verkehr und Gebäudeenergie nötig, die über bald fertiggestellter Projekte (Straßenbahn, energetisch zeitgemäße Neubau-Wohngebiete) hinausgehen. Zu nennen sind hier der Einsatz hocheffizienter Busse (Hybrid- bzw. Elektrobusse) im ÖPNV, die Elektrifizierung und intelligente Vernetzung des innerstädtischen Lieferverkehrs sowie klimaschutzwirksame Maßnahmen in der Bauleitplanung, so der Kreisvorsitzende Dr. Martin Denoix. Dies könnten höhere energetische Standards, geringerer Flächenverbrauch durch Reduzierung von ebenerdigen Parkplätzen vor Firmen und Einkaufszentren durch Parkdecks sowie Dach- und Fassadenbegrünung sein. Hierher gehört auch die stark CO₂-bindende Wirkung von Bäumen in der Stadt, derzeit dringend nötig angesichts der vielen verschwundenen Großbäume durch Bauaktivitäten.

Termine im 1. Halbjahr 2018:

- 5. Februar: Vortrag über Divestment mit Agnes Dieckmann von urgewald
- 21. März: Kreismitgliederversammlung BUND-Ulm mit Vorstandswahl (Ulmer Stuben)
- 20. April: Regionaldelegiertenversammlung mit vorheriger Exkursion in Ehingen